

ÜBERSICHT

AUSSENPOLITIK

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

(1) Deutscher Kulturabend in Beijing

Anfang Juli 1981 organisierten die chinesische Gesellschaft für ausländische Literatur und das Komitee für ausländische Angelegenheiten der Chinesischen Musikvereinigung einen deutschen Kulturabend in Beijing, zu dem etwa 400 chinesische und ausländische Liebhaber deutscher Literatur und Musik erschienen. Als Experte für deutsche Literatur und Übersetzer zahlreicher deutscher Gedichte sprach Professor Feng Zhi, Vizepräsident der Chinesischen Schriftstellervereinigung und Präsident der Gesellschaft für ausländische Literatur, zum Auditorium. Außerdem sprach Professor Zhao Feng, Vizepräsident der Chinesischen Musikvereinigung und Präsident des Zentralen Konservatoriums. Auf dem Programm standen Rezitationen von Gedichten von Goethe, Schiller und Heine sowie ein Monolog aus Brechts "Das Leben des Galilei Galileo". Den musikalischen Rahmen bildeten Stücke von Beethoven, Schumann, Schubert, Mozart und Brahms (XNA, 6.7.81).

Veranstaltungen wie diese sind in China heute keine Seltenheit mehr. Die Träger der Vermittlung westlicher Kultur in China sind die Vertreter jener älteren Generation, die wie Feng Zhi im westlichen Ausland studiert haben (Feng Zhi hat vor dem Kriege in Deutschland studiert). Die junge Studentengeneration, die heute wieder Gelegenheit hat, im Ausland zu studieren, muß nun in China in die Rolle der Übermittler westlicher Kultur hineinwachsen, zumal die mittlere Generation kaum oder nur in äußerst beschränktem Maße die Möglichkeit fand, sich mit westlichem Kulturgut vertraut zu machen.

-st-

WESTEUROPA

(2) Chinesischer Generalstabschef auf Europareise

Der Generalstabschef der chinesischen Armee, General Yang Dezhi, kam Anfang Juli zu einem Westeuropabesuch, der in Belgien begann, sodann nach Frankreich und Großbritannien sowie in die Bundesrepublik und in die Schweiz führte. Während Yang allerdings in Brüssel, Paris und London von den dortigen Verteidigungsministerien empfangen und betreut wurde, hatte sein Aufenthalt in der neutralen Schweiz und in der durch die "Ostpolitik" gebundenen Bundesrepublik nur "touristischen Charakter". In Frankfurt hielt sich Yang zu einem eintägigen Privatbesuch auf. Es kam zu keinerlei Kontakten mit dem Verteidigungsministerium. Radio Moskau bezeichnete den Besuch als Nebenergebnis einer wachsenden Zusammenarbeit zwischen Beijing und Washington. Die Führer in Beijing stießen in das Fahrwasser der amerikanischen Politik, erpreßten Westeuropa mit der erfundenen "sowjetischen

Bedrohung" und wiesen den "Westeuropäern die Rolle von Geiseln bei einem thermonuklearen Konflikt auf dem Kontinent als Folge der Abenteuerpolitik des Pentagon zu", wobei Beijing "vor allen Dingen auf seine egoistischen Interessen bedacht" sei.

Bei seinem Frankreich-Besuch erhielt Yang die Gelegenheit einer Besichtigung der Kommandozentrale der strategischen Streitkräfte Frankreichs in Taverny nördlich von Paris. Nach einer Reuter-Meldung (7.7.81) soll sich der chinesische Generalstabschef vor allem für Kampfflugzeuge vom Typ Mirage 2000, für elektronische Ausrüstungen sowie Luft- und Panzerabwehrraketen interessieren. Auch der französische Hubschrauber des Typs Super-Felon stehe auf der chinesischen Einkaufsliste. Außerdem bestehe zwischen beiden Staaten ein Abkommen über wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit, das u.U. auch militärisch genutzt werden könne. In Belgien und England besuchte die Yang-Delegation Militärakademien, Stützpunkte des Heeres, der Marine und der Luftwaffe und konnte Panzer- und Flugzeugdemonstrationen beobachten (XNA, 8.7.81).

-we-

(3) Die KP Italien und ihr Verhältnis zur KPCh sowie zur KPdSU

Vom 3. bis 12. Juli 1981 besuchte eine Delegation der KPCh unter Führung von Peng Chong, Mitglied des Politbüros und des ZK-Sekretariats, Italien, und zwar auf Einladung der KPI, deren Generalsekretär Enrico Berlinguer mit einer Delegation im April 1980 China besucht hatte. Bei dieser Gelegenheit war es auch zur Aufnahme offizieller Beziehungen zwischen beiden KPs gekommen (Einzelheiten dazu in "Gute und böse Eurokommunisten - Zum Besuch Enrico Berlinguers in Beijing" in C.a., April 1980, S.305-310).

Peng Chong hatte zunächst eine längere Aussprache mit Generalsekretär Berlinguer über die beiderseitigen Parteiangelegenheiten, über internationale und gemeinsame KP-Interessen usw. Im Anschluß an Rom besuchte die Delegation noch Mailand, Venedig, Bologna und Florenz und kam dort mit den örtlichen Parteiausschüssen zusammen - nicht zuletzt auch in Bologna, an dessen Spitze ein KP-Funktionär als Bürgermeister steht (XNA, 11.7.81).

Die freundliche Atmosphäre, die bei dieser Visite herrschte, steht in krassem Gegensatz zu den frostigen Beziehungen zwischen KPI und KPdSU. Als die sowjetische KP im März ihren 26. Parteitag abhielt, sah Enrico Berlinguer von einem Moskau-Besuch ab und entsandte stattdessen einen Vertreter, Giancarlo Payetta, der, in Moskau angekommen, vor dem Parteitag eine Rede halten wollte, daran allerdings gehindert wurde. Erst nach viertägigem Warten wurde es Payetta gestattet, eine Rede zu halten, jedoch nicht vor dem Forum des

Parteitag, sondern auf einem Treffen von Moskauer Parteimitgliedern. Dies sei das erste Mal, so kommentierte Xinhua (XNA, 2.3.81), daß die "KPI, die größte nichtregierende KP in der Welt, zwar zur Teilnahme an einem sowjetischen Parteitag eingeladen wurde, nicht jedoch sprechen durfte. In Kreisen der KPI betrachtet man dies als unbegreiflich und unhöflich".

Die Gründe für Moskaus Weigerungen seien schnell einzusehen: Es bestünden Meinungsverschiedenheiten in einer Reihe wichtiger internationaler Fragen. So z.B. habe die KPI mehrmals die sowjetische Invasion in Afghanistan verurteilt und einen Rückzug der Truppen gefordert; außerdem wende sie sich gegen eine ausländische Einmischung in die inneren Angelegenheiten Polens.

In Moskau hatten die Sowjets vorgeschlagen, den Text der Payetta-Rede zu revidieren - ein Ansinnen, das der italienische KP-Vertreter geradeheraus ablehnte. Die KPdSU habe die anderen KPs zwar als "Bruderparteien" eingeladen, sich jedoch wie eine "Vaterpartei" verhalten (BRu 1981, Nr.12, S.11).

Die KPCh-Delegation wurde in Italien nicht nur von KP-Gremien, sondern u.a. auch von Staatspräsident Pertini empfangen, der ebenfalls i.J. 1980 in China gewesen war. Xinhua (XNA, 9.7.81) revanchierte sich mit einer artigen Geste, indem sie das Programm der neuen italienischen Regierung unter Spadolini lobte, in der die enge Bindung Italiens an die NATO sowie an die EG hervorgehoben wurde. In Italien herrsche Stabilität in der Labilität. Das von Spadolini gebildete Kabinett sei das 45. seit dem Sturz des faschistischen Regimes i.J. 1943. Nach dem Zweiten Weltkrieg seien 41 Kabinette "verschlissen" worden. Die Regierungszeit jedes Kabinetts habe im Durchschnitt nur zehn Monate gedauert. Gleichwohl gebe es einen durchgehenden stabilisierenden Faktor: Seit Dezember 1945 nämlich seien die Ämter des Ministerpräsidenten, des Innen-, Außen-, Verteidigungs- und Finanzministers immer von Christdemokraten bekleidet gewesen. Trotz der häufigen Regierungswechsel habe sich an der Innen- und Außenpolitik im wesentlichen nichts geändert.

Freilich seien neuerdings schwere soziale und wirtschaftliche Probleme wie Inflation, Arbeitslosigkeit und Terrorismus aufgetreten. Es sei zu erwarten, daß Spadolini trotz einer anderen Parteizugehörigkeit das politische Programm der letzten Regierungen fortsetzen werde.

Offensichtlich wäre der chinesischen Führung eine Beteiligung der KPI an der italienischen Regierung willkommen. Vorerst allerdings halte sich die KPI zurück. Es wird in den chinesischen Berichten nicht erwähnt, daß bisher noch jede italienische Regierung sich geweigert hat, die KPI an der Regierung zu beteiligen.

-we-

AFRIKA UND NAHOST

(4) Beijing begrüßt erneut Einigungsbestrebungen in Afrika (zum OAU-Gipfel und zur Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten)

Vom 24. bis 28. Juni fand die 18. Gipfelkonferenz der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) in Nairobi/Kenia statt, an der diesmal fünfzig Staaten teilnahmen. Die Themen

Namibia, Westsahara, Tschad, Horn von Afrika und Südafrika standen auf der Tagesordnung. U.a. wurde Südafrika wegen seiner Apartheidpolitik und seiner "illegalen Besetzung Namibias" verurteilt. Außerdem wurde die "Südwestafrikanische Volksorganisation" (SWAPO) als die einzige legitime Vertreterin des namibischen Volkes anerkannt und die Resolution Nr.435 des UNO-Sicherheitsrates als die einzige Basis für eine Verhandlungslösung des Namibia-Problems bezeichnet. Auch für das Westsahara-Problem zeichnen sich Lösungen ab, nachdem Marokko sich bereiterklärt hat, einem Referendum zuzustimmen.

Die drei Konfliktherde Westsahara, Tschad und Äthiopien/Somalien sind Probleme, die teils aus der Kolonialherrschaft, teils aus Stammeswidersprüchen herrühren und durch die Einwirkung der Supermächte noch komplizierter geworden seien. Die OAU habe bewiesen, daß sie langfristig auch mit diesen Problemen fertig werden kann. Seit ihrer Gründung vor 18 Jahren hätten Beobachter immer wieder das Ende der OAU vorausgesagt; die Praxis habe eine gegensätzliche Entwicklung bewiesen (XNA, 23. und 30.6.81 und RMRB, 30.6.81).

Ende Mai fand die 6. Gipfelkonferenz der Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS) statt, der größten Regionalorganisation Afrikas, der 16 westafrikanische Länder (Benin, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Elfenbeinküste, Liberia, Mali, Mauretanien, Niger, Nigeria, Senegal, Sierra Leone, Togo, Obervolta und Kap Verde) angehören und die ein Fünftel des afrikanischen Kontinents und ein Drittel seiner Bevölkerung umfaßt. Das Bündnis ist nicht nur wirtschaftlicher, sondern neuerdings auch militärischer Art und ein erster Grundstein für die Aufstellung einer panafrikanischen Verteidigungsmacht. Schon beim 3. ECOWAS-Gipfel vom April 1978 in Lagos wurde ein Vertragsentwurf über gegenseitigen Nichtangriff angenommen. Beim 4. ECOWAS-Gipfel im Mai 1979 in Dakar diskutierten die Mitglieder über den Vorschlag zur Annahme eines Protokolls über die gegenseitige Verteidigungshilfe. Der 5. ECOWAS-Gipfel im Mai 1980 in Lomé etablierte ein Sonderminister-Komitee, das den Protokollentwurf zur gegenseitigen Verteidigungshilfe ausarbeiten sollte. Im Mai 1978 bereits, als sowjetische und kubanische Soldaten zum zweiten Mal in Zaire eindringen, hatten Senegal, die Elfenbeinküste, Togo und einige andere afrikanische Länder sofort eine panafrikanische Friedensstreitkraft nach Shaba entsandt, um die dort stationierten marokkanischen Truppen zu verstärken. Bei der 6. Gipfelkonferenz in Freetown wurde ein Protokoll über gegenseitige Verteidigungshilfe unterzeichnet (XNA, 31.5.81). Dies sei ein neuer Schritt im Kampf gegen fremde Einmischung und ein Beweis für die Fähigkeit zur kollektiven Selbstverteidigung in der Region. Angeblich drängen die Chinesen neuerdings "nach Kräften in das Schmutzgewerbe" des Waffenhandels in Afrika. Die Chinesen hätten das Marketing für die in ihrem Land hergestellten Waffen an die in Brüssel ansässige britische Handelsgesellschaft "Commerce International" übertragen (so Der Spiegel, 15.6.81, S.148). Die Chinesen spezialisierten sich vor allem auf Nachbauten des Sowjetpanzers T-54 sowie verschiedener MiG-Jagdbomber. Ihre Offerte zielt in eine Marktlücke, die von den Branchenriesen (USA, Sowjetunion, Frankreich, Großbritannien) bisher vernachlässigt wurde. Angesprochen seien in erster Linie Verbraucher der Dritten Welt, die sich keine Markenwaffen aus erster Hand leisten könnten. Die politische Grundhaltung der Kunden spiele keine Rolle mehr. Somalia habe Anfang 1981 zwanzig MiG-19-Jäger geordert, Ägypten achtzig MiG-19. Eine AK-47-Kalaschnikow koste 400 \$, ein T-59-Panzer ohne Extras 200.000 \$, alles frei Brüssel. Die Zahlungsbedingungen seien allerdings "knallhart": 30% Vorkasse an Devisen, die restlichen 70% per Akkreditiv über eine Bank in Luxemburg. Die Lieferkonditionen richteten sich nach den für NATO-Verhältnisse liberalen belgischen Ausfuhr-

kontrollgesetzen. Bezugsberechtigt sei jeder, der einen "Endverbrauchernachweis" vorlegen könne - also ein Dokument, das "für sattes Bakschisch" überall frei gehandelt werde. Von Beijing werde aber auch bedient, wer das Unbedenklichkeitspapier nicht beibringen könne. "Als Legitimation akzeptieren die Chinesen auch Bargeld." Wegen der konkurrenzlosen Billigkeit der chinesischen Waffen - die allerdings erhebliche Mängel aufwiesen - bestehe ein "reißender Absatz".

-we-

(5) Afghanistan: Scheitern des EG-Vermittlungsversuchs; Grenzprobleme mit China

Am 5. Juli besuchte der britische Außenminister Lord Carrington, Vorsitzender des EG-Ministerrats, die Sowjetunion, um die europäischen Vermittlungsdienste in der Afghanistan-Frage anzubieten. Moskau jedoch lehnte ab und stellte drei Vorbedingungen für einen "ausgehandelten Truppenrückzug", nämlich: 1. keine Intervention in Afghanistan von Pakistan oder Iran aus; 2. Garantie der afghanischen Blockfreiheit; 3. Sicherheitsgarantie für die sowjetische Grenze. Noch im April 1980 hatte Moskau einen Fünf-Punkte-Vorschlag vorgebracht, demzufolge Afghanistan und seine Nachbarn miteinander verhandeln sollten. Inzwischen haben Moskau "seinen Preis angehoben". Nun würden sogar Vorbedingungen für Rückzugsverhandlungen gefordert, so als wären es nicht die Sowjets, die Afghanistan besetzt hielten, sondern irgendein anderes Land, das die Sowjetunion bedroht, so daß diese nicht ohne Garantien für die eigene Sicherheit auskommen kann (XNA, 9. und 13.7.81).

Nicht zur Entschuldigung, wohl aber zur Erklärung des neuen sowjetischen Verhaltens sei darauf hingewiesen, daß sich an der Südflanke der Sowjetunion inzwischen einige Veränderungen ergeben haben, die freilich nichts anderes sind als Reaktionen auf den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan: Pakistan ist sich mit den USA über Waffenlieferungen in Höhe von 2 Mrd.\$ einig geworden. Die beiden traditionellen Feinde auf dem Subkontinent, Indien und Pakistan, zwischen denen sich bisher ein Divide-et-impera-Spiel treiben ließ, scheinen sich neuerdings näherzukommen, und sogar China, das in Pakistan seit Jahrzehnten ohnehin "zu Hause ist", scheint nunmehr mit Indien besser zurechtzukommen. Obendrein verschlechtert sich die militärische Situation der Sowjetunion in Afghanistan, wie ein RMRB-Kommentar (25.6.81) deutlich macht. Die afghanischen Guerillakämpfer hätten bisher 10.000 sowjetische Soldaten, also weit über 10% der Angreifertruppen, vernichtet und größere Waffenbestände erbeutet, so daß Moskau 10.000 neue Soldaten habe nachschieben, seine Kontrolle über die Hauptstädte verstärken, die Logistik weiter ausbauen und den Wakhan-Korridor konsolidieren müssen. Überdies müsse die Sowjetunion gewaltige Geldsummen in das Afghanistan-Unternehmen stecken, die dann zu Hause fehlten. Allein im ersten Okkupationsjahr (1979) habe die Sowjetunion zwischen zwei und vier Milliarden Dollar für Militärgüter ausgeben müssen. Z.Zt. seien jeden Tag 250 t Treibstoff, Munition und Waffen nach Afghanistan einzufliegen. Täglich seien dafür drei bis vier Millionen US-Dollar aufzubringen. Außerdem habe die Sowjetunion dem Karmal-Regime eine Wirtschaftshilfe zwischen zehn und zwanzig Millionen Dollar eingeräumt.

Ärger gibt es neuerdings mit der Grenze im Pamir-Bereich. Am 22. Juli gab das chinesische Außenministerium eine Erklärung heraus, in der es den Grenzvertrag zwischen der Sowjetunion und Afghanistan vom 16. Juni 1981 als "illegal und ungültig" bezeichnete, da er Gebiete miteinbeziehe, die zwischen China und der Sowjetunion umstritten seien. Der afghanisch-sowje-

tische Grenzvertrag umfasse den Sektor zwischen dem Westufer des Sees Zorkul und dem Pavolo-Shveikovski-Gipfel. Hier handle es sich um ein Gebiet, das zwischen der Sowjetunion und China streitig ist. Nach einem chinesisch-russischen Protokoll von 1884 war das Gebiet dem chinesischen Reich zugesprochen worden. Gleichwohl entsandte die zaristische Regierung 1892 Truppen in den Pamir und riß über 20.000 qkm in dem China zugesprochenen Pamir-Bereich westlich der Sarükol-Kette an sich. Keine chinesische Regierung habe diesen Landraub anerkannt. Zuletzt habe die Regierung der Volksrepublik in einer Erklärung vom 8. Oktober 1969 ihre Position wiederholt, daß es sich bei dem Areal im Pamir um umstrittenes Gebiet handle, über dessen Zukunft erst noch zu verhandeln sei.

Zwischen China und Afghanistan war am 22. November 1963 ein Grenzvertrag unterzeichnet worden, der die damals existierenden Territorialprobleme beseitigte (XNA, 23.7.81).

-we-

INNENPOLITIK

(6) Hu Yaobang präzisiert seine Einschätzung Mao Zedongs 60. Jahrestag der Gründung der KPCh

Am 1. Juli 1981 wurde in allen Landesteilen der Volksrepublik China der 60. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Chinas begangen. Die Feierlichkeiten der Parteiführung fanden in der Großen Halle des Volkes in Beijing statt, an der 10.000 Menschen teilnahmen. Auf dieser Veranstaltung hielt der neu gewählte Parteivorsitzende Hu Yaobang eine zweistündige Rede, die im Beijinger Fernsehen und Rundfunk übertragen wurde (Text der Rede in: RMRB, 2.7.81; deutsch in: BRU, 14.7.81). Wie das Organ des ZK der KPCh, die "Volkszeitung", in ihrem Leitartikel vom 6. Juli 1981 betonte, soll diese Rede zusammen mit der "Resolution über einige Fragen der Geschichte unserer Partei seit der Staatsgründung" und dem Kommuniqué der 6. Plenartagung des XI. ZK der KPCh in den folgenden sechs Monaten von allen Parteimitgliedern studiert werden, um die politischen Ansichten innerhalb der Partei zu vereinheitlichen.

In seiner Rede ging Hu Yaobang erneut auf die bereits in der "Resolution..." vorgenommene Bewertung Maos und der "Mao-Zedong-Ideen" ein. Hu führte aus, daß die Grundprinzipien des Marxismus kein fertiges Konzept für die chinesische Revolution geliefert hätten. Das große Verdienst Maos habe eben darin bestanden, daß er die Grundprinzipien des Marxismus mit der konkreten Praxis der chinesischen Revolution erfolgreich verbunden habe. Auf diese Weise seien die "Mao-Zedong-Ideen" als wissenschaftliche Leitideologie entstanden, die die Kristallisation der kollektiven Weisheit der Partei darstellten. Hu Yaobang betonte, daß die KPCh auch in Zukunft an den "Mao-Zedong-Ideen" als Leitideologie festhalten werde, schränkte jedoch ein, daß - ebenso wie die marxistische Theorie, die kein totes Dogma sei - auch die "Mao-Zedong-Ideen" weiterentwickelt werden müßten. De facto ist dieses bereits weitgehend geschehen, in dem u.a. in der "Resolution..." die "Mao-Zedong-Ideen" von den - nach Meinung der heutigen Parteiführung - "falschen" Ansichten Maos getrennt und ihres "linken" Gehaltes entleert wurden. Heute werden unter den "Mao-Zedong-Ideen" nur noch jene Bruchstücke der maoistischen Lehre verstanden, die in das Modernisierungskonzept der Deng Xiaoping-Fraktion passen. Die "Weiterentwicklung der 'Mao-Zedong-Ideen'" besteht darüber hinaus darin, daß unter dieser ideologischen Formel, die de